



UPDATES PHILIPPINES

Veröffentlichung der Nationaldemokratische Front der Philippinen

Amsterdamsestraatweg 50, 3513AG Utrecht, Niederlande

T: +31 30 2310431 | E: updates.philippines@ndfp.org | W: updatesphilippines.info

2022 Nummer 1

Deutsche Ausgabe

1. Mai 2022

Willkommen bei UPDATES Philippines

Dies ist die erste deutsche Ausgabe von UPDATES Philippines. Diese Ausgabe erscheint am ersten Tag eines jeden Monats.

Wir möchten diese Ausgabe zu einem wirksamen Instrument zur Förderung der Solidarität zwischen den deutschsprachigen und den philippinischen Menschen machen. Und bei der Förderung des Kampfes des philippinischen Volkes für nationale und soziale Befreiung, Demokratie und einen gerechten und dauerhaften Frieden.

Weiter zum Sieg!

EDITORIAL

Marie Hilao-Enriquez: Anwältin für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden

Mit großer Trauer erhielten wir die Nachricht über den Tod von Amaryllis Hilao-Enriquez am 24. April. Wir schließen uns dem philippinischen Volk an und trauern um unsere geliebte und hochgeschätzte Marie und sprechen ihrer Familie, ihren KollegInnen und FreundInnen unser tiefstes Beileid aus.

In der Nachricht des Friedensverhandlungsgremiums der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) heißt es: "Marie wird für immer als unermüdliche, mutige und kühne Verfechterin von Gerechtigkeit und Frieden in Erinnerung bleiben. Sie trug die Fackel für das philippinische Volk, dem sie so selbstlos diente und sich ihrem Feind fest und entschlossen entgegen stellte, um die Interessen zu schützen und zu verteidigen.

"Nachdem die Verhandlungsgremien der NDFP und der Regierung der Republik der Philippinen das umfassende Abkommen über die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts unterzeichnet hatten, wurde Marie als unabhängige Beobachterin in den Gemeinsamen Überwachungsausschuss der NDFP berufen. Bei der Ausübung dieser Aufgabe leistete sie wertvolle Ratschläge und Beiträge.

"Sie setzte sich für die Interessen und das Wohlergehen von politischen Gefangenen und anderen Opfern von Menschenrechtsverletzungen ein. Sie hat nie aufgehört, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, insbesondere denjenigen aus den werktätigen Massen. Sie spürte ihren Schmerz, ihre Wut und ihren Wunsch nach Gerechtigkeit. Schließlich wurden sie und andere Mitglieder ihrer unmittelbaren Familie während der Marcos-Diktatur selbst verhaftet, gefoltert und inhaftiert. Ihre Schwester Liliosa Hilao war eine der ersten, die während der Marcos-Diktatur gefoltert und getötet wurde.

"Sie war unermüdlich. Sie wusste, wie wichtig es war, die internationale Gemeinschaft über die katastrophale Menschenrechtslage auf den Philippinen zu informieren. Selbst als sich ihr Gesundheitszustand verschlechterte, reiste sie weiter, um an internationalen Foren, Untersuchungsausschüssen und Gerichten teilzunehmen. Ihre Stimme wurde zur Stimme der Gefangenen und derer, die bereits unter der Erde lagen.

"Sie war davon überzeugt, dass ein Volk nur dann wirklich frei sein kann, wenn es Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit bekämpft. Für Marie war das wahre der Menschenrechte nicht nur ein Anliegen, sondern eine Leidenschaft.

"Marie sagte immer, dass die Seelen derer, die verhaftet, gefoltert, verschwunden und außergerichtlich getötet wurden, nach Gerechtigkeit schreien. Deshalb muss der Gerechtigkeit Genüge getan werden."

In den letzten fünf Jahren hat das Duterte-Regime Zehntausende von Menschen ermordet. Weitere Zehntausende leiden unter rechtswidrigen Verhaftungen, Folter, gewaltsamem Verschwindenlassen, politischen Morden, Zwangsevakuierungen, wahllosen Bombenanschlägen, Zensur und Schikanen. Nun soll dieses Leiden noch gesteigert werden, indem den philippinischen WählerInnen bei den kommenden Wahlen am 9. Mai das Marcos-Duterte-Tandem aufgezwängt wird. Die Duterte Administration strebt danach, die abscheulichen Verbrechen der faschistischen Marcos- und Duterte-Regime gegen das philippinische Volk zukünftig ungeschehen zu machen. Aus diesen Gründen, lasst uns Marias Leben ehren, indem wir immer entschlossener gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpfen. Bis der Gerechtigkeit Genüge getan ist. **UP**



Die NDFP feiert den 49. Jahrestag ihres Bestehens

Die Nationaldemokratische Front der Philippinen (NDFP) feierte am 24. April den 49. Tag ihrer Gründung. Glückwunschschriften erreichten die NDFP von den mit ihr verbündeten Organisationen, angeführt von der Kommunistischen Partei der Philippinen: „Lasst

uns die Errungenschaften und Siege der NDFP in ihrem Bemühen um Einheit und Mobilisierung des philippinischen Volkes auf dem Weg der nationaldemokratischen Revolution feiern!“

„Lasst uns im kommenden Jahr das nationaldemokratische Programm und das Begehren des philippinischen Volkes energisch weiterverfolgen, die Reihen der NDFP und der mit ihr verbündeten Organisationen beispiellos verstärken, während wir dem goldenen Jubiläum der Organisation im kommenden Jahr entgegensehen.“

Eine Vielzahl an Versammlungen wurde in aber auch außerhalb der Philippinen, abgehalten, um den 49. Jahrestag der NDFP zu begehen:

Die Kommunistische Partei der Philippinen erklärte in ihrem Grußwort, „Die NDFP stellt die demokratische Regierung des Volkes dar, die der Ausdruck von tausenden politischen Organen von den Dörfern bis zu den höheren politischen Ebenen im ganzen Land ist (...), In den von der NDFP kontrollierten Landstrichen setzt sie eine Landreform durch, die die landwirtschaftliche Produktivität und ergänzende Einkommen durch Nebentätigkeiten steigert. Sie setzt darüber hinaus Kampagnen für die öffentliche Gesundheit, für Bildung und Alphabetisierung um, erhält Frieden und Ordnung, löst Widersprüche im Volk und organisiert die populäre Selbstverteidigung.“

Die Partei beglückwünscht die NDFP darüber hinaus für ihren Einsatz für die philippinische Bevölkerung während der Pandemie-Zeit, sowie die von ihr geleisteten gesundheitlichen Hilfsdienste - darunter Informationskampagnen, Sanitärkampagne, die Behandlung der Massen in Kliniken und die Bildungsarbeit.

Weiterhin gratuliert sie der NDFP für ihre „brillante Repräsentation der Bevölkerung als demokratische Regierung“ in der internationalen Auslandsarbeit. „Die NDFP ist in der Lage zwischenstaatliche Verbindungen, Verbindungen zwischen dem Staat und Völkern, sowie den Völkern untereinander aufzubauen und war stets aktiver Teil der Speerspitze antiimperialistischer internationaler Formierungsprozesse. Sie konnte Beziehungen zu anderen Regierungen, internationalen Institutionen, Humanitären- und Friedensorganisationen aufbauen.“

Die Kommunistische Partei der Philippinen hob außerdem lobend die Rolle der NDFP in den Friedensverhandlungen mit der Regierung der philippinischen Republik hervor, die sie „ohne in die faschistische Falle der Befriedung, Demobilisierung und Kapitulation zu laufen“ geführt habe. Sie hat hier erfolgreich das Prinzip des gerechten und nachhaltigen Friedens, das nur erreichbar durch die Thematisierung und Lösung der sozialen ökonomischen und politischen Wurzeln des Konflikts ist, hochgehalten. Und sie konnte erfolgreich aufzeigen, dass dieses Verständnis dem militaristischen Prinzip des durch militärische Unterdrückung gegen das philippinische Volk erzwungenen 'lokalen Friedens', weit überlegen ist.“ **UP**



US-Berichte über systematische Menschenrechtsverletzungen durch das Duterte-Regime

Das US-Außenministerium hat die Regierung von Präsident Rodrigo Duterte für ihre systematischen Menschenrechtsverletzungen gerügt, als es am 12. April seinen Landesbericht 2021 über die Menschenrechtspraktiken auf den Philippinen veröffentlichte. Darin heißt es, dass es glaubhafte Berichte gibt, nach denen Mitglieder von (Dutertes) Sicherheitskräften zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen haben“. Der Bericht nannte rechtswidrige oder willkürliche Hinrichtungen, einschließlich außergerichtlicher Morde, gewaltsames

Verschleppen, Folter, harte und lebensbedrohliche Haftbedingungen und willkürliche Inhaftierungen, die „von der Regierung oder in ihrem Namen“ begangen wurden.

Fortsetzung nächste Seite...

... *Fortsetzung*

In dem Bericht heißt es: "Erhebliche Bedenken bestehen auch hinsichtlich der Straffreiheit für andere Sicherheitskräfte, zivile nationale und lokale Regierungsbeamte und einflussreiche Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Handel." Der Bericht wies auf Lücken, in der Unabhängigkeit, der Justiz hin; darunter Gewalt, Androhungen von Gewalt und ungerechtfertigte Verhaftungen oder die Verfolgung von Journalisten.

Der Bericht spiegelte zu einem kleinen Teil die Ergebnisse der von den Vereinten Nationen gesponserten und anderer internationaler unabhängiger Untersuchungen zu den Menschenrechtsverletzungen wider, die von Sicherheitsbeauftragten der Duterte-Regierung seit 2016 begangen wurden. Das philippinische Menschenrechtsbündnis Karapatan führte in seinem Jahresendbericht 2021 an, dass neben den mehr als 30.000 Opfern außergerichtlicher Tötungen im Zusammenhang mit Dutertes "Krieg gegen Drogen" zusätzlich 427 AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen von mutmaßlichen Sicherheitsleuten der Duterte-Regierung ermordet wurden.

Karapatan nannte auch andere Übergriffe, darunter wahlloses bombardieren ländlicher Dörfer, Zwangsevakuirungen und illegale Verhaftungen, denen Tausende von Filipinos zum Opfer fielen, und dies in einem Klima der Gesetzlosigkeit. Am 29. März wies Amnesty International darauf hin, dass das Fehlen einer Rechenschaftspflicht der Täter den Nährboden für Menschenrechtsverletzungen unter Präsident Duterte geschaffen habe.

In der Zwischenzeit wies die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) am 17. April darauf hin, dass der Bericht des US-Außenministeriums eine "verspätete und mäßige Anerkennung der Tatsachen ist, dass es grassierende Fälle von Menschenrechtsverletzungen gibt, die von den philippinischen Streitkräften (AFP) und der philippinischen Nationalpolizei (PNP) im Zuge des sogenannten 'Krieges gegen Drogen' und der Widerstandsbekämpfung begangen wurden".

Die CPP entgegnete: "Das philippinische Volk muss die USA gleichermaßen für diese Rechtsverletzungen verantwortlich machen... Die AFP erhält und kauft Waffen von der US-Regierung und wird von der US-Doktrin geleitet."

Die AFP und die PNP, so betonte die CPP, "wurden vom US-Militär in Übereinstimmung mit ihren Doktrinen der 'Aufstandsbekämpfung' und des 'Antiterrorismus' unterrichtet... dieselben US-Taktiken, die in ihren gescheiterten Interventionskriegen in Vietnam (Operation Phoenix) und Afghanistan (ganzheitlicher nationaler Ansatz) angewandt wurden, gekennzeichnet durch Luftangriffe, Ermordungen, Folter und den unerbittlichen Angriff auf die Zivilbevölkerung und NichtkombattantInnen."

Die CPP rief das philippinische Volk auf, ein Ende der US-Militärintervention auf den Philippinen, die Aufhebung ungleicher Militärabkommen mit den USA und ein Ende der von den USA diktierten Doktrin des totalen Krieges gegen das Volk zu fordern. **UP**



*Die Familien der Opfer fordern Gerechtigkeit.
Aktenfoto: kodao productions.*

Die Internationale Magnitsky-Sanktionen-Kampagne gegen das „Dreckige Dutzend“ der Philippinen gestartet

Die Internationale Koalition für Menschenrechte auf den Philippinen (ICHRP) kündigte am 29. März den Start einer internationalen Kampagne für die Magnitsky-Sanktionen gegen die zwölf größten Menschenrechtsverletzer auf den Philippinen an. Bekannt sind diese unter dem Namen „Dreckiges Dutzend“. Die ICHRP zielt darauf ab, mit den Regierungen Australiens, Kanadas, der EU, Großbritannien und der USA zusammenzuarbeiten, um diese zwölf Beamten

der Regierung von Manila für schwere Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Angeführt wird die Liste des „Dreckigen Dutzend“ von dem führenden Präsidenten der Philippinen Rodrigo Duterte und dem ehemaligen Chef der philippinischen Nationalpolizei (PNP) General De La Rosa. Diese stellen die „Hauptverantwortlichen für den Krieg gegen Drogen und die Kampagne des Staatsterrors“ auf den Philippinen dar. Des Weiteren auf der Liste aufgeführt als „Teil der Kommando- und Kontrollstruktur der PNP und der Bewaffneten Kräfte der Philippinen zum Zeitpunkt der vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen“ sind: PNP Chef General Diebold Sinas, Streitkräfte der Philippinen (AFP) Stabchef General Jose Faustino Jr., der Nationale Sicherheitsberater General Hermogenes

Fortsetzung nächste Seite...

... Fortsetzung

Esperon Jr., der Chef des AFP- Kommandos in Süd-Luzon General Antonio Parlade Jr., der Sekretär des Verteidigungsministeriums General Delfin Lorenzana und der Sekretär des Ministeriums für Inneres und lokale Verwaltung General Eduardo Año.

Das „Dreckige Dutzend“ komplettieren der Berater Duterte Bong Go, der ehemalige Sprecher Duterte Harry Roque, die Sprecherin der antikommunistischen Task Force Lorraine Badoy und die Richterin Cecily Burgos-Villavert. Laut ICHRP sind sie „Teil der Infrastruktur des Terrors in der Duterte-Regierung und haben sich an der öffentlichen Inszenierung angeblicher staatlicher Repressionen beteiligt“.

Der ICHRP-Vorsitzende Peter Murphy sagte, die Magnitky-Sanktionskampagne sei eine direkte Folge ihrer Ermittlungsarbeit im Jahr 2021, „bei der Muster von groben und systematischen Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch das Duterte-Regime festgestellt wurden“.

Das Magnitsky-Gesetz sieht Sanktionen gegen ausländische Staatsangehörige vor, die für Verletzungen international anerkannter Menschenrechte in einem fremden Land verantwortlich sind, wenn die Behörden des betreffenden Landes nicht in der Lage oder nicht Willens sind eine gründliche, unabhängige und objektive Untersuchung der Verstöße durchzuführen. Das Gesetz sieht die Ergreifung restriktiver Maßnahmen wie beispielsweise gezielte Finanzsanktionen und Reiseverbote gegen ausländische Staatsangehörige vor, die für grobe Verletzungen international anerkannter Menschenrechte verantwortlich sind.

In diesem Zusammenhang legte das philippinische Menschenrechtsbündnis KARAPATAN am 31. März einen Bericht für die bevorstehende 41ste Sitzung der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung des UN Menschenrechtsrats vor. KARAPATAN erneuerte seine Forderung an den UNHCR, eine „internationale unabhängige Untersuchung der Menschenrechtskrise“ auf den Philippinen durchzuführen.

KARAPATAN beklagte, dass „die meisten, wenn nicht sogar alle Empfehlungen“ des UNHCR und der UN-Sonderverfahren, sie seit dem dritten Zyklus der allgemeine regelmäßige Überprüfung (UPR) im Jahr 2017 ausgesprochen wurden, von der Regierung in Manila „nicht beachtet werden“. **UP**

*Wir würden gerne von Ihnen hören!
Bitte senden Sie Ihre Fragen, Kommentare oder Vorschläge an:
updates.philippines@ndfp.org*



UPDATES PHILIPPINES

Veröffentlichung der Nationaldemokratische Front der Philippinen

Amsterdamsestraatweg 50, 3513AG Utrecht, Niederlande

T: : +31 30 2310431 | E: updates.philippines@ndfp.org | W: updatesphilippines.info